

Inhaltsübersicht

Teil I Die Grundlagen des Verwaltungshandelns

- 1. Verfassungsrechtliche Grundlagen für Verwaltungshandeln
 - 1.1 Die Staatsziele
 - 1.2 Der Grundsatz der Gewaltenteilung
 - 1.3 Das Rechtsstaatsprinzip
- 2. Begriff des Verwaltungsrechts und Rechtsquellen
 - 2.1 Verwaltungsrecht
 - 2.2. Verwaltung
 - 2.3 Träger öffentlicher Verwaltung
 - 2.4 weitere Begriffe
- 3. Gesetzesbindung, gebundene und freie Verwaltung
 - 3.1 Die Bindung der Verwaltung an Gesetz und Recht
 - 3.2 Gesetzmäßigkeit = Gesetzesvorrang + Gesetzesvorbehalt
- 4. Rechtsmethodik
 - 4.1 Rechtsanwendung
 - 4.2 Aufbau der Rechtssätze
 - 4.3 Feststellung des Sachverhalts (s. dazu vertiefend: Verfahrensrechte)
 - 4.4 Grundmuster der Rechtsanwendung
 - 4.5 Unbestimmte Rechtsbegriffe
 - 4.6 Beurteilungsspielräume
- 5. Ermessensverwaltung
 - 5.1 Begriff des Ermessens
 - 5.2 Erkennbarkeit von Ermessensspielräumen
 - 5.3 Ermessensspielräume in Sonderfällen

Teil II: Handlungsformen der öffentlichen Verwaltung, der Verwaltungsakt

- 1. Arten des Verwaltungshandelns
 - 1.1 Unterscheidungen
 - 1.2 Bedeutung der Unterscheidungen
 - Exkurs: Die wichtigsten Klagearten im Verwaltungsprozess
- 2. Der Verwaltungsakt
 - 2.1 Funktionen und Begriff
 - 2.2 Rechtliche Grundlagen und Ausgestaltung:
 - 2.3 Def. Verwaltungsakt
 - 2.4 Abgrenzung der Merkmale:
 - 2.5 Erläuterungen/Exkurse zu einzelnen Merkmalen
 - 2.6 Arten von Verwaltungsakten
- 3. Nebenbestimmungen zu Verwaltungsakten
 - 3.1 Begriff der Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt
 - 3.2 Arten von Nebenbestimmungen
 - 3.3 Rechtsgrundlagen für Nebenbestimmungen

Allgemeines Verwaltungsrecht

- 4. Besondere Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen
- 3.5 Rechtsschutz gegenüber Nebenbestimmungen
- 3.6 Beispiele

- 4. Form und Inhalt des Verwaltungsakts
 - 4.1 Form des Verwaltungsakts
- 5. Bekanntgabe des Verwaltungsakts
 - 5.1 Begriff der Bekanntgabe
 - 5.2 Form der Bekanntgabe
- 6. Die Zusage
 - 6.1 Begriff
 - 6.2 Abgrenzungen
 - 6.3 Rechtsnatur der Zusicherung
 - 6.4 Form
 - 6.5 Zuständigkeit
 - 6.6 Verfahren
 - 6.7 Zusammenfassung

Teil III Voraussetzungen für den Erlass eines rechtmäßigen Verwaltungsakts

- 1. Die Rechtsgrundlage für den Verwaltungsakt
 - 1.1 Arten und Funktionen von Rechtsgrundlagen
 - 1.2 Anspruchsgrundlagen
 - 1.3 Die Ermächtigungsgrundlage
 - 1.4 Zuordnung der Rechtsgrundlage zum Verwaltungsakt
- 2. Die formellen Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen
 - 2.1 Die Zuständigkeit der Behörde
 - 2.2 Die Zuständigkeitsregelung (Aufgabenzuweisung)
- 3. Das Verfahren zum Erlass des Verwaltungsakts
 - 3.1 Anwendbares Verfahrensrecht
 - 3.2 Begriff und Funktion des Verwaltungsverfahrens
- 4. Die Personen im Verwaltungsverfahren
 - 4.1 Die Verfahrensbeteiligten
 - 4.2 Bevollmächtigte und Beistände
 - 4.3 Ausgeschlossene Personen und Befangenheit
- 5. Die Feststellung des Sachverhaltes im Verwaltungsverfahren
 - 5.1 Amtsermittlungs-/Untersuchungsgrundsatz
 - 5.2 Mitwirkungspflicht der Beteiligten, § 26 II LVwVfG
 - 5.3 Beweiserhebung, § 26 f. LVwVfG
 - 5.4 Mitwirkung anderer Stellen
 - 5.5 Die Amtshilfe
- 6. Die Verfahrensrechte
 - 6.1. Beratung und Auskunft, § 25 LVwVfG
 - 6.2 Recht auf Akteneinsicht, § 29 LVwVfG
 - 6.3 Anspruch auf rechtliches Gehör, § 28 LVwVfG
 - 6.4 Anspruch auf Geheimhaltung

6.5	Anspruch auf Begründung eines Verwaltungsakts, § 39 LVwVfG	1.3	Durchbrechungen der materiellen Bestandskraft
7.	Amtssprache	2.	Gemeinsame Grundsätze zu Rücknahme und Widerruf des Verwaltungsaktes
8.	Fristen, Termine, Wiedereinsetzung	2.1	Allgemeines
8.1	Begriffe:	2.2	Allgemeines zu Vertrauensschutz und Rücknahmehinteresse
8.2	Rechtsgrundlagen	2.3	Überblick über die Regelungen
8.3	Wiedereinsetzung in die versäumte Frist	2.4	Gemeinsame Grundsätze von §§ 48, 49 LVwVfG
9.	Die materiellen Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	2.3	Rückforderung, § 49a LVwVfG
9.1	Prüfung der Voraussetzungen der Rechtsgrundlage (Tatbestandsvoraussetzungen)	3	Besonderheiten zur Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts, § 48 LVwVfG
9.2	Die rechtlich möglichen Adressaten des VA	3.1	Der spezielle Vertrauensschutz nach § 48 II und III LVwVfG
9.3	Bestimmung der Rechtsfolgen	3.2	Schema zur Prüfung des Vertrauensschutzes in § 48 II und III LVwVfG
10.	Fehlerhafte Ermessensentscheidungen	3.3	Übersicht über § 48 LVwVfG
10.1	Ermessensüberschreitung:	4.	Spezielles zum Widerruf rechtmäßiger Verwaltungsakte, § 49
10.2.	Ermessensmissbrauch	4.1	Vertrauensschutz nach § 49 LVwVfG
10.3.	Ermessensreduzierung auf Null	4.2	Übersicht
11.	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	5.	Die speziellen Aufhebungsregelungen im Bereich des Bundes- und Gemeinschaftsrechtes
12.	Prüfungsfolge (Schema)	5.1	Bundesgesetze:
		5.2	Der Einfluss des Gemeinschaftsrechts auf nationale Verfahrensvorschriften
Teil IV: Folgen eines fehlerhaften Verwaltungsakts		6.	Wiederaufgreifen des Verfahrens
1.	Fehlerhaftigkeit des Verwaltungsakt	6.1	Allgemeines:
2.	Fehlerhaftigkeit des Verwaltungsaktes	6.2	Prüfungsfolge nach § 51 LVwVfG
2.1	Folgen der Fehlerhaftigkeit	6.3	Entscheidung der Behörde
2.2	Aufhebbarkeit des Verwaltungsaktes	6.4	Schema
2.3	Unterscheidungen im Einzelnen	Teil VI Rechtsschutz	
2.3.1	Nichtakte:	1.	Allgemeines zum Rechtsweg
2.3.2	Bloß unrichtige Verwaltungsakte (vgl. § 42 LVwVfG)	1.1	Grundlage
3.	Der nichtige VA	1.2	Andere Gerichtsbarkeiten
3.1	Allgemeines	2.	Rechtsschutz gegenüber Verwaltungsakten
3.2	Die Nichtigkeitsgründe	2.1	Das Vorverfahren
3.2.1	Aufbau von § 44 LVwVfG:	2.1	Widerspruchsarten
3.2.2	Prüfungsfolge	2.2	Ablauf des Vorverfahrens
3.2.3	Die Nichtigkeitsgründe des § 44 Abs. 2	2.3	Zulässigkeitsvoraussetzungen:
3.2.4	Ausschluß der Nichtigkeit nach § 44 Abs. 3 LVwVfG	2.5	Begründetheit des Widerspruchs
3.2.5	Die evidenzabhängige Nichtigkeit nach § 44 Abs. 1 LVwVfG	2.6	Entscheidungen im Widerspruchsverfahren
3.2.6	Teilnichtigkeit nach § 44 Abs. 4	3.	Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen (nur Überblick)
3.2.7	Rechtsbehelfe bei Nichtigkeit:	3.1	Zulässigkeit der Klage
4.	Der schlicht rechtswidrige VA	3.2	Begründetheit der Klage
4.1	Begriff	Teil VII Vorläufiger Rechtsschutz	
4.2	Aufhebbarkeit	1.	Einführung
4.3	Heilbarkeit	2.	Einstweiliger Rechtsschutz gegen belastende Verwaltungsakte
4.4	Unbeachtliche Fehler		
5.	Umdeutung		
Teil V Bestandskraft des Verwaltungsaktes und deren Durchbrechung			
1.	Bestandskraft des Verwaltungsaktes		
1.1	Allgemeines		
1.2	Begriff der Bestandskraft		

- 2.1 Grundsatz: Die aufschieb. Wirkung
- 2.2 Ausnahmen: Sofort vollziehbare Verwaltungsakte
- 2.3 Anordnung des Sofortvollzugs
- 2.4 Fallgruppen von gesetzlichem Sofortvollzug
- 3. Rechtsschutz gegenüber Sofortvollzug
- 3.1 Allgemeines
- 3.2 Aussetzung der Vollziehung
- 3.3 Anordnung der aufschieb. Wirkung durch das Gericht
- 4. Einstweiliger Rechtsschutz bei Leistungsbegehren
- 4. Begriffe
- 4.2 Voraussetzungen

Teil VIII Verwaltungsvollstreckungsverfahren

- 1. Eigenarten des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens
- 2. Der Anwendungsbereich der (L)VwVGe
 - 2.1 VwVG
 - 2.2 LVwVG
- 3. Unterscheidung nach Art der Vollstreckungsverfahren
 - 3.1 Beitreibungsverfahren
 - 3.2 Verwaltungszwang im engeren Sinn
- 4. Kursorischer Überblick über das Beitreibungsverfahren
- 5. Voraussetzung für die Erzwingung von Handlungen
 - 5.1 Vollstreckungstitel
 - 5.2 Bestandskraft und Sofortvollzug
- 6. Die einzelnen Zwangsmittel
 - 6.1 Ersatzvornahme
 - 6.2 Zwangsgeld
 - 6.3 Unmittelbarer Zwang
- 7. Das Verhältnis der Zwangsmittel zueinander
 - 7.1 Vollstreckungsrechtliche Regelungen
 - 7.2 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
- 8. Das Vollstreckungsverfahren
 - 8.1 Androhung
 - 8.2 Festsetzung
 - 8.3 Anwendung
- 9. Die Einstellung des Vollstreckungsverfahrens
- 10. Die Kosten des Vollstreckungsverfahrens
- 11. Beteiligte des Vollstreckungsverfahrens